

Viel erreicht, noch viel zu tun

25 Jahre Währungsunion. Am 1. Juli 1990 wurde die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (WWU) zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen, wenige Monate später folgte die Wiedervereinigung. Die wirtschaftliche Bilanz nach einem Vierteljahrhundert ist gemischt.

Die Einführung der D-Mark in Ostdeutschland ließ die DDR-Bürger jubeln – auch weil sie recht hohe Beträge im Verhältnis 1 zu 1 umtauschen konnten (Kasten Seite 2). Für die DDR-Wirtschaft bedeutete der Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft durch die WWU zusammen mit dem Zerfall des Ostblocks dagegen steigende Kosten und den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit und

Märkte. Trabant und Co. waren bei den Kunden unten durch, viele Produkte kamen nun besser und billiger aus Asien. Zudem waren die Strukturen der „Volkseigenen Betriebe“ nicht marktwirtschaftstauglich.

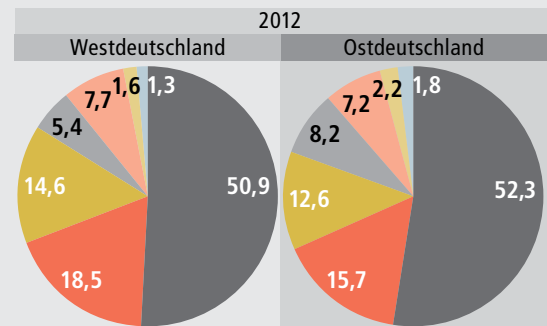
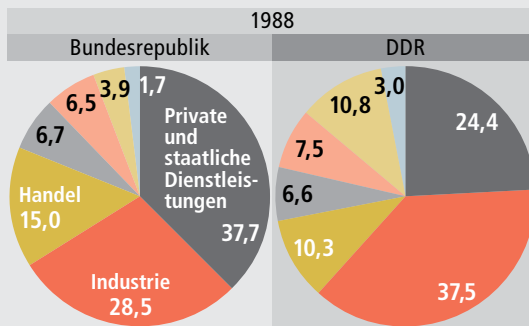
Doch nach 25 Jahren zeigt sich in Ostdeutschland neben hartnäckigen Problemen auch viel Positives:

- **Erfolge.** Angesichts der Ausgangslage – die sektorale Verteilung

der Erwerbstätigen in der DDR 1988 entsprach in etwa der Situation in der Bundesrepublik von 1965 – war der **Strukturwandel** im Osten beeindruckend (Grafik). Gestützt durch die Treuhandanstalt, startete die Ost-Industrie ab 1992 eine Aufholjagd. Mit Milliardeninvestitionen wurden die Chemiefirmen in Sachsen-Anhalt modernisiert und Chipwerke in Dresden sowie Autofabriken in Zwickau, Erfurt und Leipzig angesiedelt. Außerdem haben sich mittelständische Betriebe erfolgreich etabliert, zum Beispiel im westsächsischen Maschinenbau. →

Massiver Strukturwandel im Osten

Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren in Prozent



Ursprungsdaten: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 26

25 Jahre Marktwirtschaft in Ostdeutschland



THEMENHEFT

Inhalt

Sozialunion. Zwischen Ost und West gibt es in puncto sozialer Absicherung kaum noch Unterschiede – mit einer Ausnahme. Seite 3

Konsum. Viele Güter kosteten in der DDR deutlich mehr als im Westen – Wohnen war jedoch extrem günstig. Seite 4-5

Theo Waigel. Der frühere Bundesfinanzminister bezeichnet den stufenlosen Übergang zur Marktwirtschaft in der DDR 1990 als alternativlos. Seite 6-7

Wirtschaft. Die meisten Ökonomen beurteilten die Lage der DDR 1990 viel zu gut – sagt der stellvertretende IW-Direktor Hans-Peter Fröhlich. Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 Präsident:
 Arndt Günter Kirchoff
 Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Inzwischen trägt das Verarbeitende Gewerbe rund 18 Prozent zur Wertschöpfung in Ostdeutschland bei – das sind zwar gut 5 Prozentpunkte weniger als im Westen, aber deutlich mehr als etwa in Großbritannien oder Frankreich.

Der Wiederaufstieg der ostdeutschen Industrie schlägt sich auch im **Export** nieder (Grafik):

Seit 1994 ist der Umsatzanteil, den die ostdeutschen Industriefirmen im Ausland erzielen, von 11 auf 34 Prozent gestiegen.

Nicht nur in der Industrie hat der **Gründungsboom** in den 1990er Jahren viele kleine und mittlere Betriebe und damit zahlreiche Arbeitsplätze entstehen lassen. Dazu passt auch, dass der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen im Osten schnell gestiegen ist und inzwischen mit 10,7 Prozent sogar etwas höher liegt als im Westen.

Eine besonders dynamische Branche ist auch der **Tourismus**, der vor allem in Mecklenburg-Vorpommern viele Jobs geschaffen hat. Im Küstenland ist die Zahl der Gästeübernachtungen je 1.000 Einwohner von 3.500 im Jahr 1992 auf mittlerweile mehr als 17.000 gestiegen.

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Am 18. Mai 1990 unterzeichneten die Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Theo Waigel und Walter Romberg, den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der am 1. Juli desselben Jahres in Kraft trat. Durch die **Währungsunion** wurde die D-Mark auch in Ostdeutschland alleiniges Zahlungsmittel. DDR-Bürger ab 59 Jahren konnten bis zu 6.000 Mark der DDR zum Kurs von 1 zu 1 tauschen, jüngere Erwachsene bis zu 4.000 Mark und Kinder bis 14 Jahre 2.000 Mark. Darüber hinausgehende Beträge wurden zum Kurs von 2 zu 1 umgetauscht, Schulden wurden ebenfalls halbiert. Die Umstellung von Löhnen, Renten, Mieten etc. erfolgte wiederum im Verhältnis 1 zu 1.

Die **Wirtschaftsunion** etablierte die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung in ganz Deutschland – und hat damit unter anderem das Privateigentum, den Wettbewerb und die freie Preisbildung nach Ostdeutschland gebracht.

Mit der **Sozialunion** wurden in der Noch-DDR zudem die der Sozialen Marktwirtschaft gemäße Arbeitsrechtsordnung – zu den Kernpunkten zählen Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz – sowie die westdeutschen Systeme der sozialen Sicherung eingeführt.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für den Osten war schließlich der **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**. Inzwischen sind fast alle großen Ost-West-Verbindungen per Schiene und Straße fertig – nur die Vervollständigung der ICE-Strecke von Berlin über Erfurt nach Nürnberg sowie der dreispurige Ausbau der A 24 zwischen Berlin und Hamburg stehen noch aus.

• **Schwachstellen.** Auch zweieinhalb Jahrzehnte nach der WWU liegt das ostdeutsche **Bruttoinlandsprodukt je Einwohner** nur bei zwei Dritteln des Westniveaus. Es fehlen vor allem

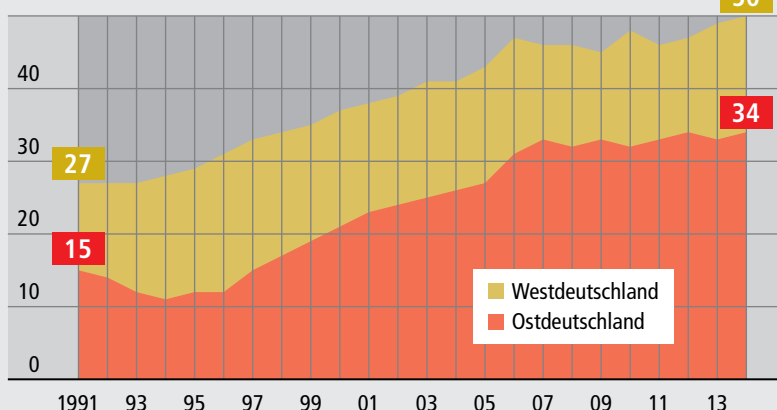
wertschöpfungsstarke Zentren von Industriekonzernen und Banken. Nach wie vor haben fast alle DAX- und M-DAX-Firmen ihren Sitz zum Beispiel in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart oder München. Zudem sind wissensintensive Branchen wie die forschungsstarken Zweige der Metall- und Elektro-Industrie im Osten deutlich unterrepräsentiert.

Zu schaffen macht der ostdeutschen Wirtschaft nicht zuletzt der **Bevölkerungsrückgang** von mehr als zwei Millionen seit 1990. Gründe dafür waren sinkende Geburtenzahlen und bis vor kurzem auch die Abwanderung in den Westen – die allerdings inzwischen zum Stillstand gekommen ist.

Zwar gibt es aufgrund der demografischen Entwicklung weniger potenzielle Jobsucher, das Problem der **Arbeitslosigkeit** bleibt aber gravierend. Bis 2005 hatten die Folgen des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft die Arbeitslosenquote im Osten auf fast 19 Prozent steigen lassen. Seitdem hat sich die Lage zwar erheblich verbessert, doch mit knapp 10 Prozent ist die Quote immer noch viel höher als im Westen.

Export: Ostdeutschland holt langsam auf

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 26

Der Drops ist fast gelutscht

Sozialunion. Vor 25 Jahren bekamen die Bürger in der DDR nicht nur die D-Mark, sondern auch die ganze Palette der Sozialversicherungen. Heute sind die Unterschiede zwischen Ost und West in puncto sozialer Absicherung kaum mehr spürbar. Allerdings gibt es eine – überraschende – Ausnahme.

Als vor 25 Jahren zusammen mit der Währungsunion auch die Sozialsysteme zwischen Westdeutschland und der DDR vereinheitlicht wurden, bedeutete dies das Aus für die uniforme Sozialversicherung der DDR. Mit dem Stichtag 1. Juli 1990 galt für alle Ostdeutschen das westdeutsche Sozialversicherungssystem mit Renten-, Kranken-, Unfall- und der bis dato im Osten unbekanntem Arbeitslosenversicherung.

Die Bewältigung der Sozialunion kann getrost als Kraftakt bezeichnet werden, allein der Umbau der maroden Infrastruktur des ostdeutschen Gesundheitswesens kam einer Herkulesaufgabe gleich. Rückblickend lässt sich jedoch heute sagen: Das Projekt Sozialunion ist größtenteils geglückt – mit einer Ausnahme.

Sonderregeln für die Rente. Weil die Einkommen in Ostdeutschland vor der Wiedervereinigung um ein Vielfaches geringer waren als im Westen, wurde die Rentenversicherung in den neuen Bundesländern nicht 1 zu 1 eingeführt. Stattdessen wurden für Ostdeutschland Sonderregeln entwickelt, die bis heute gelten. Die Renten in Ost und West werden seitdem anhand unterschiedlicher Größen berechnet, was mittlerweile zu einer dauerhaften Ungleichbehandlung führt (Tableau):

Wie sich die Rente in Ost und West errechnet

Zwei Beispiele:

Helga Musterfrau arbeitet in Trier und verdient im Jahr 2014 brutto 30.000 Euro. Sie zahlte daraus einen Rentenversicherungsbeitrag für das gesamte Jahr von insgesamt 5.670 Euro (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil). Daraus erwarb sie für 2014 eine Rentenanwartschaft von:

$$0,86 \text{ EP} \times \text{ZF } 1,0 \times \text{AR (West) } 28,61 \text{ Euro} \times \text{RF } 1,0 \times 12 = 295,48 \text{ Euro.}$$

Helga Musterfrau würde also, wenn sie nur ein Jahr arbeiten und dann in Rente gehen würde, **295,48 Euro** im Monat erhalten.

Ihr Kollege **Helmut Mustermann** arbeitet in Cottbus und verdient im Jahr 2014 ebenfalls 30.000 Euro. Daraus erwarb er für 2014 eine Rentenanwartschaft von:

$$0,86 \text{ EP} \times \text{UF } 1,1717 \times \text{ZF } 1,0 \times \text{AR (Ost) } 26,39 \text{ Euro} \times \text{RF } 1,0 \times 12 = 319,35 \text{ Euro.}$$

Helmut Mustermann würde also, wenn er nur ein Jahr arbeiten und dann in Rente gehen würde, **319,35 Euro** im Monat erhalten.

Entgeltpunkte (EP): werden aus dem Verhältnis des persönlichen Einkommens zum Durchschnittsverdienst aller Versicherten aus Westdeutschland berechnet. Verdient ein Versicherter genau diesen Durchschnittsverdienst, erhält er einen Entgeltpunkt. Bei unterdurchschnittlichem Verdienst verringern sich die Entgeltpunkte entsprechend, bei überdurchschnittlichem Verdienst erhält man mehr Entgeltpunkte. Die Beitragsbemessungsgrenze bestimmt die maximale Anzahl an Entgeltpunkten, die erworben werden können.

Umrechnungsfaktor (UF): aktuell 1,1717; ergibt sich aus dem Verhältnis der Durchschnittsverdienste in Westdeutschland zu den Durchschnittsverdiensten aller Versicherten in Ostdeutschland in einem Kalenderjahr.

Aktueller Rentenwert (AR): aktuell 28,61 Euro für Westdeutschland und 26,39 Euro für Ostdeutschland; jährliche Anpassung zum 1. Juli entsprechend der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter (ohne Beamte), korrigiert um Veränderungen des Beitragsatzes zur Rentenversicherung, des geförderten Altersvorsorgeanteils (Riester-Faktor) sowie des Verhältnisses von Rentnern zu Beitragszahlern (Nachhaltigkeitsfaktor).

Zugangsfaktor (ZF): 1,0 für Rentenbezug bei Erreichen der Regelaltersgrenze, gemindert um 0,3 Prozent für jeden Monat vorzeitigen Rentenbezugs und erhöht um 0,5 Prozent für jeden Monat verspäteten Rentenbezugs.

Rentenartfaktor (RF): zum Beispiel 1,0 für Altersrente, 0,5 für Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, 0,2 für Vollwaisen- und 0,1 für Halbwaisenrente.

Ursprungsdaten: Deutsche Rentenversicherung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw26

Selbst bei gleicher Leistung kann die Rente für ostdeutsche Arbeitnehmer höher ausfallen als für westdeutsche Beitragszahler.

Obwohl ein Ostfrieser, der genauso viel verdient wie sein Kollege aus dem Erzgebirge, möglicherweise geringere Rentenansprüche erwirbt als der ostdeutsche Rentenbeitragszahler, sorgt diese ungleiche Behandlung bei ostdeutschen Arbeitnehmern und Rentnern für Unmut. Hintergrund ist, dass der aktuelle Rentenwert für Ostdeutschland seit 25 Jahren niedriger ist als für Westdeutschland. Er wird zwar Jahr für Jahr zum

1. Juli angepasst, allerdings ist der Rentenwert an die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter gekoppelt – die aber sind im Osten auch nach 25 Jahren gemeinsamen Wirtschaftens geringer als in Westdeutschland.

Nötig wäre also eine Rentenreform, die der grundsätzlichen Systematik gerecht wird: gleiche Rente bei gleicher Beitragsleistung. Bislang scheint der Politik allerdings der Mut zu fehlen, dieses Thema anzupacken – zumal eine Reform auch die künftigen Rentenfinanzierer nicht zusätzlich belasten sollte.

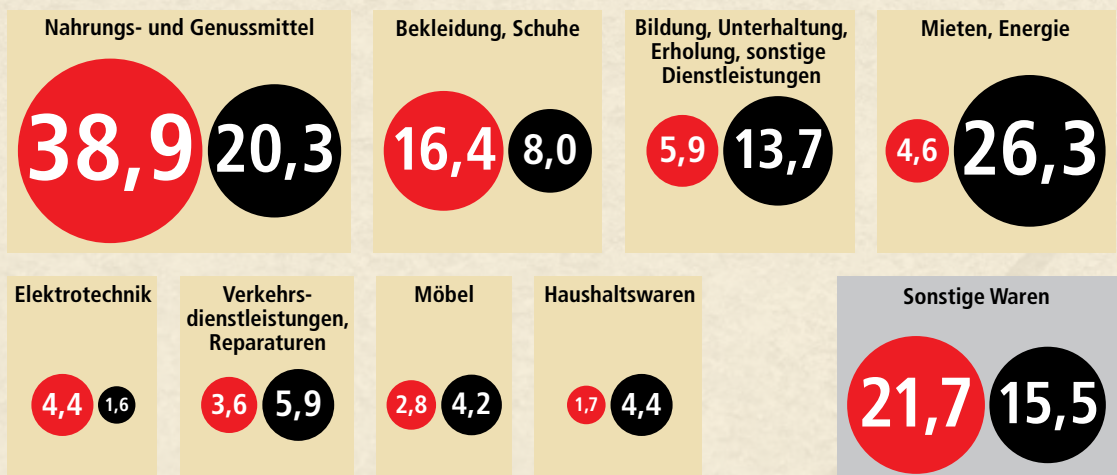
Haushalten in Ost und West

Verkehrte Welt: Dass in der DDR ein Gebrauchtwagen mehr kostete als ein neues Auto, ist heute kaum mehr vorstellbar. Doch auf dem Gebrauchtwagenmarkt herrschte im Osten eben schon vor 1989 das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Weil die DDR-Bürger auf einen neuen, 19.000 Mark teuren Trabi zehn Jahre warten mussten und es kaum importierte Westautos gab, blühte der Handel mit Pkws aus zweiter Hand – wo das knappe Angebot und die extrem hohe Nachfrage zu absurd hohen Preisen führten. So gingen manche gebrauchte Trabis für das Doppelte



Deutsch-deutscher-Warenkorb

So viel Prozent ihres Haushaltsbudgets gaben die Menschen 1989 aus für ... ■ DDR ■ Bundesrepublik



Haushaltsbudget: ohne Zinsen, Steuern, Versicherungsprämien; jeweils Vierpersonenhaushalte von Arbeitern und Angestellten, in der Bundesrepublik mit mittlerem Einkommen; Ursprungsdaten: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bundesamt

Deutsch-deutsche Preise

Stand: 1989

■ DDR in Mark

■ Bundesrepublik in D-Mark

Auto	18.900,00	18.820,00
Bahnfahrt 30 km	2,40	5,58
Braunkohlebriketts 100 kg	7,02	56,70
Bügeleisen	36,80	43,60
Butter 250 g	2,40	2,18
Damenstrumpfhose	14,00	5,25
10 Eier	3,40	2,57
Farbfernseher	4.838,71	1.549,00
Frottiertuch	7,20	12,03
Gefrierschrank	2.090,00	1.034,00
Gouda 1 kg	7,20	12,43
Herrenrad	242,00	416,00
Herrensocken	5,95	8,70
Jagdwurst 1 kg	6,80	15,88

Kaffee 500 g	35,00	8,97
Kotelett 1 kg	8,00	11,19
Kühlschrank	1.425,00	565,00
Miete	55,00	696,00
Milch 1 l	0,68	1,25
Paket 5 kg	0,60	4,67
Schnaps 0,7 l	14,50	12,33
Standardbrief	0,20	0,95
Staubsauger	195,00	257,00
Straßenbahnfahrt	0,20	2,11
Tabak 50 g	3,00	4,63
Trainingsanzug	146,50	104,00
Waschmaschine	2.300,00	1.001,00
Weißbrot 500 g	0,50	2,25

Auto: Bundesrepublik VW Golf II, DDR Trabant 1.1 (mit in Lizenz gebautem VW-Polo-Motor), Preise für 1990; Farbfernseher: Großhandelspreis für DDR; Gefrierschrank: 300 Liter Inhalt in der Bundesrepublik, 90 Liter Inhalt in der DDR; Miete: Verbrauchsausgaben eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts für die Miete ohne Heizkosten; Ursprungsdaten: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bundesamt, Wikipedia

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv 26

dessen weg, was sie als Neuwagen gekostet hatten. Besonders teuer waren in Ostdeutschland auch technische Geräte wie Farbfernseher. Kurz vor der Wende musste man fast 5.000 Mark dafür hinlegen, also mehr als zwei Nettomonatsgehälter eines Vierpersonenhaushalts. In der DDR hatten deshalb 1989 auch nur knapp sechs von zehn Haushalten einen Farbfernseher, während in den westdeutschen Wohnzimmern bereits durchgehend farbig ferngesehen wurde. Die Planwirtschaft in der DDR führte nicht nur dazu, dass es so manchen Konsum-

artikel gar nicht oder nur in einer abgespeckten Version gab, auch die Einkommen waren im Vergleich zum Westen deutlich geringer: Das Nettohaushaltseinkommen einer vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie betrug in „Ostmark“ lediglich knapp 60 Prozent dessen, was eine gleich große Familie in D-Mark im Westen zur Verfügung hatte. Allerdings schlug das nicht vollständig auf die Kaufkraft durch – das Wohnen zum Beispiel war zwischen Rostock und Suhl unglaublich günstig: Die Quadratmetermiete betrug lediglich 1 Mark. Deshalb musste ein durchschnittlicher DDR-Haushalt nur

5 Prozent seines Monatseinkommens für die Miete aufwenden, während eine Familie in Westdeutschland mehr als ein Viertel ihres Montagsbudgets dafür einplante. Auch Grundnahrungsmittel wie Brot und Milch waren in der DDR günstiger zu haben als in Westdeutschland. Ein Pfund Exportkaffee dagegen kostete 35 Mark, auch Eier und Butter waren teurer als in Westdeutschland. Unter dem Strich mussten die DDR-Bürger einen fast doppelt so hohen Anteil ihres Haushaltsbudgets für Nahrungs- und Genussmittel ausgeben wie die Westdeutschen.

Deutsch-deutsche Kaufkraft

So viele Tage musste ein durchschnittlicher Vierpersonenhaushalt 1989 arbeiten, um ... zu bezahlen

■ DDR ■ Bundesrepublik

... ein Auto	247,7	142,6
... einen Farbfernseher	63,4	1,7
... eine Waschmaschine	30,1	7,6
... einen Gefrierschrank	27,4	7,8
... einen Kühlschrank	18,7	4,3
... ein Herrenrad	3,2	3,2
... die Monatsmiete	0,7	5,3

Bundesrepublik: Haushalte mit mittlerem Einkommen; DDR: Stand August 1988; Auto: Bundesrepublik VW Golf II, DDR Trabant 1.1 (mit in Lizenz gebautem VW-Polo-Motor), Preise für 1990; Farbfernseher: Großhandelspreis für DDR; Gefrierschrank: 300 Liter Inhalt in der Bundesrepublik, 90 Liter Inhalt in der DDR; Miete: Verbrauchsausgaben eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts für die Miete ohne Heizkosten; Ursprungsdaten: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bundesamt, Wikipedia

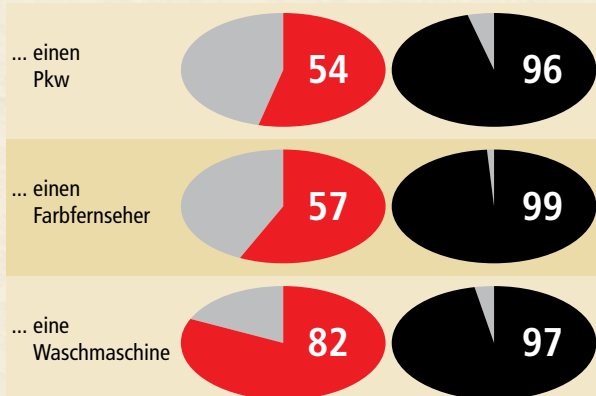
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv 26

Deutsch-deutsche Haushaltsausstattung

So viel Prozent der Haushalte verfügten 1989 über ...

■ DDR ■ Bundesrepublik



Bundesrepublik: Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen; DDR: alle Haushalte; Waschmaschine: Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte im Jahr 1988; Quellen: Statistisches Amt der DDR, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv 26

Foto: Tiberius Gracchus - Fotolia.com

„Es ging nur ganz oder gar nicht“

Die iwD-Redaktion hat anlässlich des 25. Jahrestags der Währungsunion mit dem ehemaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel gesprochen.

Herr Waigel, Sie waren vor 25 Jahren als Bundesfinanzminister mitdrin im Vereinigungsprozess. Gab es damals etwas, worüber Sie sich besonders geärgert haben?

Ja, das waren die permanenten Überschriften in den westdeutschen Zeitungen: ‚Was kostet die Einheit?‘ oder ‚Erhöht Waigel die Steuern?‘. Es ging nicht um die Freiheit der Menschen, nicht um die Neuordnung Europas, nicht um die riesigen Chancen, die wir hatten, sondern immer nur darum, wie viel es kostet.

Lassen Sie uns über das Gelingen reden. Für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gab es keinerlei Vorbilder. Selbst wenn Fehler gemacht wurden, kann man also niemandem einen Vorwurf machen. Wir sollten nicht von Fehlern reden, sondern von politischen und ökonomischen Notwendigkeiten.

Wir wollten auf etwas anderes hinaus: Gerade weil es keine Blaupause gab, kann man sachlich Bilanz ziehen und fragen, ob Sie und die Bundesregierung mit dem Wissen von heute in der gleichen Situation etwas anders machen würden als damals?

Nein, die Grundsatzentscheidungen waren richtig und notwendig, und vor allem haben wir die Gelegenheit beim Schopf gepackt. Natürlich haben wir damals

auch über Stufenpläne nachgedacht, die ökonomisch gut zu begründen waren. Aber ich bin sehr schnell zu der Erkenntnis gekommen, dass ein stufenweiser Vereinigungsprozess nur möglich gewesen wäre, wenn wir

Zuzugsbeschränkungen erlassen und den DDR-Bürgern, die in den Westen kamen, keinerlei Unterstützungen ge-

währt hätten. Doch wenn Menschen eine Mauer einreißen, können demokratische Politiker sie nicht wieder aufbauen.

Wie hätte ein Stufenplan denn konkret ausgesehen?

Die DDR hätte die Marktwirtschaft eingeführt, aber eine Zeit lang mit einem Wechselkurs von 1 zu 4 oder 1 zu 5 leben

müssen. Dazu wären Devisenkontrollen nötig gewesen – und die Hoffnung, dass sich die Lage irgendwann stabilisiert. So etwa hatten sich das anfangs der Sachverständigenrat und das Wirtschaftsministerium vorgestellt.

Warum ist es anders gekommen?

Mir war schon Anfang 1990 eines klar: Auch wenn in der DDR bei den ersten freien Wahlen Demokraten gewählt werden, hätte kein Politiker die Kraft gehabt, über Jahre hinweg durchzuführen, was bei einer stufenweisen Anpassung

notwendig gewesen wäre: nämlich den Lebensstandard um 20 oder 30 Prozent zu senken, um von dieser Basis aus einen

Wirtschaftsaufschwung zu erreichen. So haben es zum Beispiel Tschechien und Polen gemacht, doch in der DDR wäre das unmöglich gewesen – wenn nebenan die Westdeutschen mit ihrem permanent steigenden Wohlstand leben. Es gab keine Alternative zu einer schnellen Wirtschafts- und Währungsunion. Es ging nur ganz oder gar nicht.

Herr Waigel, wer hat Folgendes gesagt: „Die Währungsunion ist der Hauptgrund dafür, dass Ostdeutschland zurückbleibt und der Abstand eher größer wird. Die Betriebe mussten

von einem Tag auf den anderen ihre Löhne in D-Mark bezahlen – und das konnte natürlich niemand. Alle Betriebe der DDR waren am 1. Juli 1990 faktisch zahlungsunfähig.“?

Das war Karl Otto Pöhl, der damalige Präsident

der Bundesbank. Doch auch er hat nach kurzem Bedenken klar erkannt, dass es keine andere Lösung gab, denn das hätte niemand akzeptiert.

Es ging damals um die Frage des richtigen Umtauschkurses.

Genau, der offizielle Vorschlag der Bundesbank war 1 zu 2 für Löhne, Renten, Schulden und so weiter. Innerhalb der Bundesbank gab es aber auch Stimmen, die sagten, es geht nur 1 zu 1. Dazu muss man wissen, dass die Durchschnittslöhne in der DDR bei 1.250

Ostmark lagen. Bei einer Umstellung von 1 zu 2 hätten die Menschen 625 DM gehabt – bei uns waren die Löhne drei-

» **Wenn Menschen eine Mauer einreißen, können Politiker sie nicht wieder aufbauen** «

» **Der Markt war schlicht weggebrochen – es hat doch niemand mehr einen Trabi gekauft** «

» **Die Tarifierhöhungen standen nicht im Einklang mit der Produktivität – das war ein Fehler der Tarifparteien** «

bis viermal so hoch. Und bei den Renten hätte der Unterschied sogar bis zum Sechsfachen betragen – das wäre unmöglich gewesen.

Es ging also nur 1 zu 1?

Das Gesamtumtauschverhältnis betrug 1 zu 1,8 und dazu gab es keine Alternative. Was aber falsch lief, waren die anschließenden Tariferhöhungen, die nicht zur Produktivitätsentwicklung passten. Doch das war Sache der Tarifpartner, nicht der Bundesregierung.

Für die ostdeutsche Industrie war der Umtausch von 1 zu 1 schon fatal. Sie war jahrelang nicht wettbewerbsfähig und noch heute klafft eine Produktivitätslücke

von rund 25 Prozent gegenüber Westdeutschland.

Natürlich wussten damals alle, dass eine solche Aufwertung für die Unter-

nehmen problematisch ist. Deshalb wurden sie von der Treuhand mit Kapital versorgt, jedenfalls die, die ein tragfähiges Konzept hatten. Aber vielen Betrieben war schlichtweg der Markt weggebrochen. Es hat doch niemand mehr einen Trabi oder Wartburg gekauft, da hätte auch ein Umtauschkurs von 1 zu 2 nichts geholfen.

Überhaupt ist die Wirtschaftskraft der DDR heillos überschätzt worden.

Was wir im Westen nicht wussten, war, dass die noch mit einem Kapitalstock wie zur Zeit des Ersten Weltkriegs unterwegs waren. Hans Modrow, damals DDR-Regierungschef, hatte den Wert der DDR-Betriebe zwar auf 1,5 Billionen DM beziffert, doch als Detlev Rohwedder im Januar 1991 Treuhand-Chef wurde, war nur noch von einer halben Milliarde DM die Rede. Kurz danach war klar, wir würden sogar ein Minus von 300 Milliarden haben.

Als Finanzminister mussten Sie damals 8 oder 9 Prozent Zinsen zahlen,



Dr. Theo Waigel (76)
war von 1988 bis 1998
Bundesfinanzminister
und von 1988 bis 1999
Vorsitzender der CSU

© Foto: GSK STOCKMANN + KOLLEGEN

heute kann sich Deutschland fast zum Nulltarif refinanzieren. Hätte die Bundesbank damals – wie heute die EZB – die Zinsen senken sollen?

Tatsächlich gab es damals viel internationale Kritik. Schließlich hatte die Bundesbank in Europa eine führende Rolle. Wenn die deutschen Zinssätze hoch waren, zogen alle anderen nach. Doch

die Bundesbank war und ist nur der Stabilität verpflichtet, und ich habe ihre Entscheidungen immer akzeptiert und kritisiere sie auch heute nicht.

Könnte man eine Parallele zwischen der DDR und Griechenland ziehen – in dem Sinne, dass beide Länder eine Währung bekommen haben, für die sie noch nicht reif waren?

Das lässt sich kaum miteinander vergleichen. Im Gegensatz zur DDR haben die Griechen heute eine Währung, auf die sie sich verlassen können. Und die Regierung war in den vergangenen beiden Jahren immerhin

auf einem guten Weg, was die Konsolidierung und Strukturreformen angeht. Aber mit dem völligen Wechsel der Politik in Athen hat es einen Bruch gegeben.

Was würden Sie den Euroländern im Umgang mit Griechenland raten?

Man darf sich weder persönlich noch politisch erpressen lassen. Europa hat seit 1981, als Griechenland der EU beitrug, unendlich viel für Griechenland getan. Die EU hat 150 Milliarden Euro ausgegeben und in den letzten Jahren gewaltige Garantiesummen aufgebracht. Griechenland muss sich entscheiden, wie es die notwendigen Anpassungen vornehmen will – innerhalb oder außerhalb des Systems. Wenn sich die Griechen für die Währungsunion entscheiden, dann gibt es Hilfen – aber nur unter der Bedingung, dass daraus etwas Dauerhaftes entsteht.

Da wir gerade von Solidarität reden: Den Soli, ursprünglich für ein Jahr lang geplant, gibt es noch immer und er soll erst in fünf Jahren schrittweise abgebaut werden.

Der Solidaritätszuschlag ist damals eingeführt worden, weil das ohne die Zu-

stimmung des Bundesrats möglich war. Die Länder haben sich ja nicht übermäßig solidarisch an der Finanzierung der deutschen Einheit beteiligt, der Bund hat etwa 80 Prozent der Kosten getra-

gen. Um die Refinanzierung sicherzustellen, blieben letztlich nur Steuern, über die der Bund allein verfügt. Trotzdem kann der Solidaritätszuschlag nicht unbegrenzt erhoben werden – sonst entstehen verfassungsrechtliche Bedenken.

» **Die Bundesländer haben sich nicht gerade solidarisch an der Finanzierung der Einheit beteiligt** «

» **Es ging nicht um die riesige Chance, die wir hatten, sondern immer nur darum, wie viel es kostet** «

„Wir dachten, die DDR sei wie Kalifornien“

Im Sommer 1990 prognostizierte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln der DDR-Wirtschaft auf Jahre hinaus hohe Wachstumsraten und steigende Steuereinnahmen. Die iwD-Redaktion fragte Hans-Peter Fröhlich, stellvertretender IW-Direktor, warum es dann doch anders gekommen ist.

Im Juni 1990, also noch vor der deutschen Einheit, veröffentlichte das IW Köln eine Studie über die geplante Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. In den kommenden zehn Jahren, hieß es, sei „ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von real 7,5 Prozent“ in der DDR realistisch. Wenn Hans-Peter Fröhlich, der damals zum Thema internationale Wirtschaftspolitik forschte, das heute liest, muss er schon ein wenig lächeln.

„Wir hatten damals keine Ahnung, wie marode die DDR-Wirtschaft war. Allgemein glaubte man noch, die DDR sei nach den G7-

Staaten die achtleistungsfähigste Volkswirtschaft der Welt, die Nummer eins im Osten sowieso und von der Wirtschaftskraft her ungefähr vergleichbar mit Kalifornien. Kein Geheimdienst, keine Institution hat gewusst, wie die Zahlen wirklich waren.“

Die meisten Ökonomen, erinnert sich Fröhlich, gingen davon aus, dass die Produktivität der DDR etwa einem Drittel des Westniveaus entsprach – und das passte recht gut zum Einkommensgefälle, das bei einem Umtauschkurs von 1 zu 1 ebenfalls 1 zu 3 betragen hätte.

Der Schock für die ostdeutsche Wettbewerbsfähigkeit war aber nicht die Umstellung von 1 zu 1, sondern die anschließenden Tarifangleichungen und der Zusammenbruch des Ostblocks. „In dieser Ländergruppe war die DDR technologischer Vorreiter und mit ihren Preisen auch wettbewerbsfähig – mit der Auflösung der UdSSR im Jahr 1991 brach dieser Markt aber praktisch völlig zusammen“, erklärt Fröhlich.

Wie es um die Wirtschaft der DDR tatsächlich bestellt war, kam erst nach der Wiedervereinigung heraus, als ein Kassensturz den Staatshaushalt offenlegte und sich die tatsächliche Leistungsfähigkeit der



DDR-Wirtschaft offenbarte – die sich als kompletter Sanierungsfall erwies, mit wettbewerbsunfähigen Unternehmen, maroder Infrastruktur und verseuchter Umwelt.

„Vorher hatte der Westen die Vorstellung, da existiere ein großes Volksvermögen, das privatisiert werden könne“, erinnert sich Fröhlich. Tatsächlich aber wollte kein Investor die vorhandenen Strukturen übernehmen, sondern man hat lieber auf der grünen Wiese neu gebaut.

Warum damals – vor dem Kassensturz – alle so euphorisch waren? Das kann der IW-Vize leicht erklären. „Man muss sich die Zeit in Erinnerung rufen: Wir waren gerade Fußballweltmeister geworden, Franz Beckenbauer sagte, wir seien auf Jahre hinaus unschlagbar – und diese Stimmung herrschte nicht nur auf dem grünen Rasen. Während damals fast die ganze Welt in eine Rezession rutschte, hatte Westdeutschland 1990 und 1991 Wachstumsraten von 5 Prozent. Wir sonnten uns im Einigungsboom und waren für kurze Zeit alle wie im Rausch.“

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.